

Ressort: Politik

Scharia-Vergleich: Kirchenvertreter suchen Gespräch mit de Maizière

Berlin, 12.02.2015, 08:41 Uhr

GDN - Nach der Äußerung von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) zum Kirchenasyl, das er als konkurrierendes Recht einer Religion nach Art der Scharia verurteilt hatte, ist die katholische Kirche um Glättung der Wogen bemüht. "Wir möchten zum Zustand zurückkehren, den wir hatten", sagte der Vize-Vorsitzende der bischöflichen Migrationskommission, Dieter Geerlings (Münster), dem "Kölner Stadt-Anzeiger" (Donnerstagsausgabe).

De Maizière habe mit seinem "unangemessenen und äußerst unglücklichen Vergleich unnötig Öl ins Feuer gegossen". Das Kirchenasyl wolle Flüchtlingen in Art einer Notfall-Intervention die rechtliche Überprüfung ihrer Abschiebung ermöglichen. Er verstehe, dass de Maizière als "Verfassungsminister" auf Rechtstreue poche. "Das stellen die Gemeinden vor Ort aber auch nicht in Frage. Kirchenasyl beansprucht keinen rechtsfreien Raum." Der Dresdner Bischof Heiner Koch verwies auf Gespräche mit dem Innenministerium und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Ein Sprecher de Maizières bestätigte laufende Dialoge, derzeit allerdings nicht auf Ministerebene. Der Kölner Weihbischof Ansgar Puff sagte der Zeitung, de Maizière sei klug genug, um zu wissen, dass "sein Vergleich hinkt". Wenn Christen als "letzte Maßnahme Gefahren für das Leben abzuwenden" suchten, beriefen sie sich nicht auf ein eigenes - gar göttliches - Recht, sondern auf ihr Gewissen. Solches Handeln gelte gemeinhin als vorbildlich. Der Ehrenvorsitzende der ökumenischen Arbeitsgemeinschaft "Asyl in der Kirche", Wolf-Dieter Just, nannte de Maizières Vorwurf einer christlichen Scharia "völlig daneben". Kirchenasyl konkurriere nicht mit weltlichem Recht, sondern verschaffe ihm Geltung. "Wo der staatliche Schutz der Menschenrechte versagt, müssen einzelne Bürger eintreten", sagte Just dem "Kölner Stadt-Anzeiger". Vier von fünf Flüchtlingen im Kirchenasyl bekämen später von Gerichten einen Schutz vor Abschiebung zuerkannt. Mit christlicher Barmherzigkeit oder Gnade habe das nichts zu tun, sondern "mit der sorgfältigen Anwendung des Rechts", so Just.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-49606/scharia-vergleich-kirchenvertreter-suchen-gespraech-mit-de-maizire.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619